

**Name/Adresse**

Per Fax: .....  
An  
Herrn.....  
Richter am Amtsgericht  
Fa.  
Amtsgericht .....  
.....  
.....

**BEISPIEL**

Ihr Zeichen:  
[.....]

Datum

**Ihre Geschäftsangebote, mein Zeichen ..... u.a. (bitte immer bei Schriftverkehr angeben!), Ihre Zuschrift vom ..... in einem gelben Umschlag versandt durch privaten Postzustelldienst „Deutsche Post“, hier vorgefunden am ....., div. Schriftverkehr, Zurückweisungen, Annullierungsaufforderungen, Nachweis Amtsgewalt, Kostennoten, Konkludente Vereinbarungen, Haus- und Betretenverbote, Abrechnung konkludente Schadensersatzvereinbarung gem. § 823 BGB, Mahnung, Strafantrag gegen Sie und alle anderen in Ihrem o. a. angegebenen Entwurf (Ausfertigung)**

Sehr geehrter Herr .....

offenbar möchten Sie mir weiterhin Ihre Geschäftsangebote einreichen, die ich allerdings nicht gedenke anzunehmen, da Sie mir bekanntermassen keine Legitimation irgendeiner Art vorgelegt haben, aus denen ersichtlich ist, dass Sie/Ihr Unternehmen irgendwelche Rechte mir als Mensch und Natürliche Person gegenüber z. B. in Form hoheitlicher, amtlicher, rechtlicher o.ä. Funktionen, übertragen bekommen haben. Aus diesem Grund weise ich Ihre Forderung, sowie den Grund und den Inhalt Ihrer Forderung schon aus diesem Sachverhalt heraus zurück. Offenbar sind Sie des Lesens nicht mächtig, da ich ausschliesslich Zurückweisungen vorgenommen habe und nichts anderes!

Im Prinzip habe ich nichts dagegen Ihnen weitere Kostennoten und konkludente Schadensersatzforderungen zuzusenden; denn das ist ein lukrativer Handel für mich; dennoch mache ich mir als Mensch Gedanken über Ihre zukünftige finanzielle Situation, daher empfehle ich Ihnen, sowie Ihren Kollegen, Mitarbeitern, Geschäftspartnern, die weitere Vorgehensweise zu überdenken, da Sie sich mir gegenüber unendlich hoch verschulden werden und das auf Generationen hinaus.

Sie und Ihr Unternehmen sind mir gegenüber inzwischen nachweislich recht hoch verschuldet und offenbar zahlungsunfähig, da Sie mir bislang keinerlei Vermögensangaben machen konnten. Nunmehr werde ich den Schriftverkehr mit Ihnen, auch den zukünftigen, immer recht kurz halten und Ihnen nebst knappem Zurückweisungsschreiben jeweils 15.000.000,00 € (in Worten fünfzehn Millionen Euro). Sie geben hiermit gleichzeitig Ihre unwiderrufliche und absolute Zustimmung zu einem privaten, kommerziellen **Pfandrecht in Höhe von 15.000.000,00 €** (in Worten fünfzehn Millionen Euro) meinerseits Ihnen persönlich gegenüber (Haftung nach § 823 BGB). Da Sie offenbar nicht zahlungswillig und nicht zahlungsfähig sind, werde ich hiermit nunmehr ab sofort ebenso Ihren Geschäftsführer mit in diese konkludente Vereinbarung, sowie Haftung mit integrieren, so dass neben der persönlichen Haftung auch die Firmenhaftung greifen wird. Dies ist insbesondere wichtig, da ich im nächsten Schritt die internationale Gerichtsbarkeitsebene gem. BGB, HGB und UCC – Regelungen anrufen werde.

Ich bin nicht verantwortlich für Ihre Unkenntnis der Rechtssituation und möchte das gleich hier auch für den Weg der internationalen Gerichtsbarkeit festhalten und ebenso möchte ich für die Akten hier offenkundig

## **Name/Adresse**

erklären, dass ich auch nicht dazu verpflichtet bin Ihnen Rechtshinweise zu geben. Die Konsequenzen Ihres Handelns tragen ausschliesslich nur Sie, Ihre Geschäftsleitung und Ihr Unternehmen.

Ihre Kollaborateure und Sie sind ja inzwischen so dreist, anders kann man es nicht sagen, aufgrund falscher, ungesetzlicher Vorgehensweisen (nicht in Kraft getretenes Tierschutzgesetz Art. 22 TschG, nicht gültige Strafprozessordnung StPO wegen fehlenden Zitiergeboten gem. Grundgesetz GG Art. 19, Absatz 1,2) und fehlendem Nachweis, ob Sie überhaupt gesetzlicher Richter nach dem GG Art. 101, 116 und Art. 9 DRiG sind, selbst eine Amtsperson sind bzw. das Amtsgericht ..... ein gesetzliches, staatliches Gericht ist und ob Sie solche Gesetze überhaupt anwenden/verwenden dürfen. Bislang fehlt mir auch jeglicher Nachweis, dass es sich bei den Herrschaften ..... um Polizeibeamte in Amtstätigkeit für eine souveräne staatliche Einrichtung handelt. Solange mir keine Beweise dafür vorliegen muss ich diese als Privatpersonen ansehen, die sich widerrechtlich und gewalttätig Zutritt auf Privatgelände verschafften, was im übrigen von der freien Presse dokumentiert wurde, was gleichzeitig als Beweismittel für die diversen Anzeigen, Klagen vor internationalen Gerichten dienlich sein wird! Und damit versuchen die von Ihnen als „Polizeibeamte“ und „Geschädigte“ bezeichneten ihre eigenen Straftaten zu vertuschen; denn die in Ihrem Papier aufgezählten Personen, die ungesetzlich, gewaltsam auf das Privat-Grundstück, den Hof und die Stallungen und Gebäude ..... eindringen und dort vielfache Straftaten u. a. Plünderung, Viehdiebstahl u.a. begangen haben, die in den parallel erstellten Strafanträgen gegen Sie und Ihre aufgezählten Kollaborateure im übrigen jetzt ergangen sind, erdreisten sich also immer noch mir Ihre ungesetzliche nicht persönlich unterschriebenen Geschäftsangebote zuzusenden – ein Fall für den IStGH und den Europäischen Gerichtshof, an die ebenfalls Strafanträge/Strafanzeigen/Beschwerden zu ergehen haben.

Wie lange wollen Sie die Situation des Rechtsstillstand in der BRD noch missbrauchen?

Hiermit werden auch die in voller Absicht durchgeführten Straftaten gegen die in der HLKO, Art. 46 festgelegten Bestimmungen angezeigt.

**Auch sind Ihnen offenbar die Umstände in Deutschland nicht bekannt, Sie ignorieren diese oder missbrauchen Ihre derzeitige Position dazu diese bewusst zu negieren.**

Deutschland ist auch nach der Teilwiedervereinigung der DDR und der BRD weiterhin besetztes Gebiet. Dies ergibt sich aus dem Fortgelten des Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages (amtlicher Text BGBl. II S. 405, 1955, vgl. Anhang).

Durch Schreiben des Bundesjustizministeriums vom 29. März 2004 (vgl. Anhang) wurde bestätigt, dass Artikel 2 , Abs. 1 des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen weiterhin in Kraft ist. Weiterhin wurde durch das Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin (BGBl. II, S. 26 und 40 ff. Art. 1, 2 und 3 Abs. 2 a)) der 2 + 4 Vertrag in seinen Kernaussagen für die BRD wieder aufgehoben. Dieses Übereinkommen wurde durch Annahme des Bundestages mit Zustimmung des Bundesrates am 13. Januar 1994 in den Gesetzesstand erhoben.

Für besetzte Gebiete gelten im völkerrechtlichen Rahmen die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung mit Vorrang vor allen anderen Gesetzen in Deutschland (vgl. Art. 25 Grundgesetz).

Artikel 46 der Haager Landkriegsordnung besagt:

„Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum, sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.“

Sie haben durch Ihre Unterstützung, Förderung der Plünderung vom ..... gegen geltendes Völker- und Kriegsrecht verstoßen, eine Kollaboration mit den Tätern wird hier angenommen.

## **Name/Adresse**

Weiterhin gelten für mich die Bestimmung des Artikel 1 und 3 Absatz 2 a) des Übereinkommens für besondere Fragen in bezug auf Berlin (BGBl. II, S. 40 ff, 94).

Danach ist eine Zuständigkeit Ihrer Behörde für mich nicht gegeben.

Sollten Sie diesen Verstoß und die oben Verstösse nicht innerhalb von 1 Woche nach Eingang dieses Schreibens rückgängig machen und die Unterstützung der unrechtmässigen Pfändungs- und Einzugsverfügung aus ..... aufgrund falscher vorgebrachter Behauptungen gegenüber .....nicht aufheben bzw. die Aufhebung verlangen und den von Ihnen vorgebrachten „Strafbefehl“ nicht zurückziehen, ergeht beim zuständigen Gericht in den Den Haag eine Anzeige.

Bitte haben Sie Verständnis für dieses Vorgehen. Meine Rechte als Bürger in völkerrechtlicher Hinsicht wurden jedoch durch Sie in erheblichem Maße missachtet.

Alle weiteren in Ihrem unverschämten Schreiben angeführten Beschuldigungen werden von mir als unrichtig und nicht zutreffend zurückgewiesen. Im Gegenteil, die von Ihnen genannten Personen haben mich auf privatem Familiengrund genötigt, provoziert und erhebliche Straftaten begangen!

Die Basis für diese konkludente Vereinbarung stellt der bisherige in diesen Angelegenheiten bereits vorliegende Schriftverkehr und die dort formulierten Bestimmungen dar. Auch verweise ich hier auf den in diesen Vereinbarungen ebenfalls spezifisch genannten anfallenden Schadensersatz, sollten mir Nachteile aus Ihrem bzw. dem Handeln Beauftragter entstehen.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass dieses heutige Schreiben und die hier angekündigte Stellungnahme, genau wie alle übrigen Aufwendungen meinerseits, welche Sie durch Ihre unrechtmässigen Vorgehensweisen mir gegenüber, ohne gültige Rechtsgrundlagen verursachen, für Sie kostenpflichtig ist.

Sie finden hierzu in der Anlage meine heutige Kostennote.

Da Sie u. a. von mir bereits einige Rechnungen (offene Forderungen) vorliegen haben und die Höhe dieser Forderungen gegen Sie bereits eine kritische Höhe erreicht haben, bitte ich Sie mir gleichfalls mit gleicher Fristsetzung eine Vermögensübersicht zuzustellen, die genügende Auskunft über Ihre Zahlungsfähigkeit beinhaltet (s. Anlage). Ich behalte mir vor ebenso eine Schufaauskunft einzuholen!

Gleichzeitig mahne ich die Zahlung meiner überfälligen Forderungen an Sie und Ihr Unternehmen an!

Im Übrigen spreche ich Ihnen, Ihren Kollegen, Ihren Mitarbeitern, Collaboteuren, Beauftragten hiermit ein Aufenthaltsverbot auf allen meinen Ländereien und Gebäuden aus, sofern diese keine ausdrückliche Genehmigung von mir dazu erhalten haben. Bei Zuwiderhandlung wird jedem Beteiligten, widerrechtlich handelnden jeweils pro Übertretung eine gesonderte Schadensersatzabrechnung in Höhe von 7.500.000,- € (in Worten Siebenmillionenfünfhunderttausend Euro), dies gilt hiermit ebenso als konkludent vereinbart!

**Bitte sorgen Sie für umgehende Auszahlung/Erledigung.**

Im übrigen gehen Kopien dieses Schreibens an Ihren direkten Vorgesetzten Herrn ....., die Herrschaften Rainer Stickelberger (BW) und Heiko Maas (BUND), die ich ebenfalls in die Haftung nehmen muss, sollten Ihre ungesetzlichen Provokationen mir gegenüber weitergehen.

Vielen Dank für Ihren Auftrag!

**Name/Adresse**

Mit freundlichen Grüßen

Name/Unterschrift

Anlagen:

(Hinweis: 1. - 3. befindet sich hier zum Download:

<http://revealthetruth.net/2014/02/11/aufhebung-der-pfandung-seitens-des-fa-basis-uberleitungsvertrag-hlko-art-46/> )

1. Überleitungsvertrages (1 Seite)
2. HLKO Art 46 (13 Seiten)
3. Gültigkeitsbestätigung des Überleitungsvertrages seitens des BMJ(1 Seite)

Kostennote ..... vom .....

Abrechnung konkludenter Schadensersatz 15 Mio. .... vom .....

Kostentabelle Januar 2014

konkludente Vereinbarung Grund- und Menschenrechtsverletzungen Januar 2014

Vermögensübersicht (bitte ausfüllen u. unterschrieben zurücksenden!)

Kopien: .....

Rainer Stickelberger, Stuttgart

Heiko Maas, Berlin

.....

.....